

Ulrich Wagner, Prof. für Sozialpsychologie im Ruhestand an der Philipps-Universität Marburg ([wagner1@uni-marburg.de](mailto:wagner1@uni-marburg.de), 06421 282 3664; siehe auch <https://www.uni-marburg.de/de/fb04/team-cohrs/team/ulrich-wagner>)

16.10.2019

### **Antisemitismus, Antiislamismus und fremdenfeindliche Übergriffe: Mehr Polizei genügt nicht - Menschenfeindlichkeit braucht Prävention und eine Veränderung deutscher Politik**

Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle werden Rufe nach mehr Polizeischutz für jüdische Einrichtungen laut. Aber mehr Bewachung genügt nicht. Und, es wird nicht gelingen, die physische Unversehrtheit von Juden und anderen Minderheiten allein durch Repression sicher zu stellen.

Die Forschung zeigt: Antisemitische Übergriffe sind nur eine Form Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Antisemitismus, Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt gegen Muslime, Antiziganismus, Vorurteile und Gewalt gegen Geflüchteten und viele andere Formen der Ablehnung "der Fremden" hängen zusammen. Die Täter differenzieren üblicherweise nicht. Aus ihrer Sicht geht es verallgemeinernd gegen "die Fremden", auch wenn diese deutsche Staatsbürger sind und sie selbst oder ihre Vorfahren schon lange in Deutschland leben.

Was wir gegenwärtig erleben, antimuslimische und antisemitische Übergriffe, Gewalt gegen Geflüchtete und Zuwanderer ist auch das Resultat einer seit der sogenannten Flüchtlingswelle gesteigerten Diskussion über "die Fremden". Die von der politischen Rechten, aber auch aus etablierten Parteien vorgetragene abwertende und verängstigende Ausführungen über Einwanderer und ihre angeblichen Gefährdungspotentiale für die deutsche Sicherheit, Ökonomie und Kultur schlagen sich jetzt nieder, auch in antisemitischer Gewalt. Das abwertende Reden über "die Fremden" hat die Grenzen des Sagbaren und das mögliche Spektrum aggressiver Handlungen verschoben. Dabei sind es nicht nur Worte, die die deutsche und die europäische Gesellschaft verändern. Wir alle wissen um das Elend, das die Abschottung an den Außengrenzen Europas für Flüchtlinge nach sich zieht. Psychologisch rechtfertigen wir diesen Widerspruch zu unseren sonst so hoch gehaltenen westlichen Werten und Menschenrechten dadurch, dass wir die Opfer ausgrenzen, eben als "die Fremden" klassifizieren – und am Ende auch noch selbst für ihr Unglück verantwortlich machen. All das, das breit gestreute abwertende und ausgrenzende Reden über "die Fremden" und unser unmenschlicher Umgang mit ihnen sind wesentliche Ursachen für die Gewalt, die sich nun auch gegen Juden und andere niederschlägt.

Wenn es wirklich darum geht, antisemitische Gewalt zu verhindern und nachhaltigen Schutz für Minderheiten sicher zu stellen, dann gelingt dies auf Dauer nicht allein durch erhöhte Polizeipräsenz. Im Gegenteil, ständige sichtbare Sicherung ist für die Geschützten eine Belastung und macht sie als "Fremde" besonders sichtbar. Nachhaltigen Schutz für Minderheiten können Gesellschaften nur sicherstellen, wenn es gelingt, „die Fremden“ nicht nur juristisch, sondern auch in den Köpfen in die Gemeinschaft aufzunehmen. Dabei hilft, auf persönlicher Ebene, der Kontakt untereinander, wie wir aus vielen Studien wissen. Voraussetzung dafür ist aber eine Politik, die Aufnahme und Willkommen aktiv fördert, die eine menschliche und menschenwürdige Immigrationspolitik entwickelt und vorantreibt. Vor allem aber müssen wir einen gesellschaftlichen Konsens darüber herstellen und durchsetzen, der es Politik und Bürgern verbietet, einzelne Gruppen herauszustellen, abzuwerten und zu bedrohen. Eine solche gesellschaftliche Norm ist dringend erforderlich, nicht nur zum Schutz von Minderheiten, sondern für alle. Nur so, und nicht alleine durch Polizeieinsatz, lässt sich eine offene und menschliche Gesellschaft bewahren.